Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Hessen

AM 14. UND 15. MAI
GEW WÄHLEN!

KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN ENTLASTEN, BILDUNG STÄRKEN!

ZEIT FÜR STARKE
PERSONALRÄTE!

HAUPTPERSONALRATS-WAHLEN 2024

AKTIV ▪ KONSEQUENT ▪ DEMOKRATISCH

Wir stellen uns vor

Für die Beamtinnen und Beamten kandidieren

Anna Held

„Echte Bekenntnisse zur UN-Behindertenrechtskonvention – keinen Schritt zurück!“

- ist Förderschullehrerin mit langjähriger Erfahrung als Leiterin einer Kleinklasse Erziehungshilfe
- tätig im BFZ der Käthe-Kollwitz-Schule in Hofgeismar
- ist Mediatorin und Coach

Anna Held war viele Jahre Vorsitzende des GEW-Kreisverbands Limburg, im Vorsitz des Bezirksverbands Mittelhessen, jetzt Nordhessen. Sie ist im Vorsitzenden-Team der Landesfachgruppe Sonderpädagogik, seit vielen Jahren Mitglied des HPRS und Fraktionsvorsitzende. Sie betont: „Inklusive Schulentwicklung kann nicht auf dem Rücken engagierter (Förderschul-)Lehrkräfte ausgetragen werden! Sie braucht – 15 Jahre nach Unterzeichnung der UN-BRK – echten politischen Willen und kann nur mit auskömmlichen Ressourcen und beständigen Teams gelingen. Förderschullehrkräfte sind keine ambulante Einsatzmasse: sie brauchen stabile, gleichberechtigte Arbeitsbedingungen und personalrechtliche Vertretungen – wie alle anderen Lehrkräfte in Hessen auch.“ Anna Held steht für eine demokratisch verfasste Schule, die alle Gremien aktiv an Entscheidungsprozessen beteiligt.

Peter Zeichner

„Ohne spürbare Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen aller Lehrkräfte ist der Fachkräftemangel nicht mehr einzufangen.“

- hat viele Jahre als Gymnasiallehrer an einer IGS mit gymnasialer Oberstufe im Hochtaunuskreis gearbeitet
- lebt in Rockenberg, Wetteraukreis
- ist über seine Gewerkschaftstätigkeit in der GEW auf verschiedenen Ebenen hinaus auch seit Jahren im DGB aktiv

Nach seinen langjährigen Personalratserfahrungen auf Schulebene und im HPRS übernahm er im Februar 2020 den Vorsitz des HPRS. Er vertritt den HPRS seit vielen Jahren im Landesarbeitsschutzausschuss und im Landesschulbeirat. Neben den Arbeitsbedingungen von Lehrkräften und beamtenrechtlichen Fragestellungen liegen seine besonderen Schwerpunkte in der Hauptpersonalratsarbeit auch im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, des Datenschutzes sowie im Personalvertretungsrecht. Darüber hinaus vertritt er im HPRS auch die spezifischen Anliegen der Gesamtschulen.

Christina Nickel

- ist Haupt- und Realschullehrerin und Ausbilderin am Studienseminar GHRF in Wiesbaden, sie war viele Jahre Personalratsvorsitzende am Studienseminar
- seit 2017 leitet sie im Team das Referat „Aus- und Fortbildung“
- seit 2016 ist sie Mitglied im HPRS und kümmert sich um den Bereich „Aus- und Fortbildung“

„Mehr Selbstbestimmung in der Ausbildung!“

Parallel zu jedem Lehramtsstudium, das – in einer angemessenen Studiendauer – eine qualifizierte Fachausbildung wie auch eine fundierte allgemein-pädagogische Ausbildung beinhalten muss, müssen die Praxisanteile pädagogisch qualifiziert begleitet und zu einem sinnvollen Zeitpunkt in das Studium eingebaut werden. Im Vorbereitungsdienst liegt ihr die Abschaffung der modularisierten Struktur besonders am Herzen. Sie hält eine Reduzierung des Bewertungsmarathons und eine kontinuierliche Lernbegleitung mit bewertungsfreien Phasen für besonders wichtig. In beiden Phasen der Lehrerausbildung ist aus ihrer Sicht die Integration von Gegenwarts- und Zukunftsthemen unverzichtbar (z. B. Diversität, multiprofessionelle Teams, Digitalisierung).

Stefan Edelmann

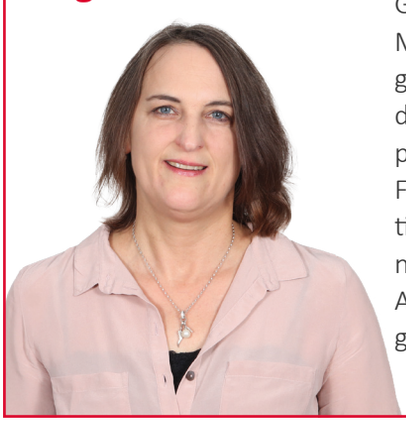
„Für kleinere Klassen! Korrekturbelastungen abbauen!“

- ist Gymnasiallehrer
- Stammschule ist die Einhardschule (Gymnasium) in Seligenstadt
- lebt gerne in Frankfurt

Stefan Edelmann arbeitet seit vielen Jahren im Vorsitzendenteam des Referats „Schule und Bildung“. Deshalb beschäftigt er sich mit allen Fragen der allgemeinbildenden Schulen und den entsprechenden Erlassen und Verordnungen. Sein inhaltlicher Schwerpunkt liegt insbesondere im Bereich der Gymnasialen Oberstufe (OAVO). Dem HPRS gehört er seit 16 Jahren an und war dort in der Vergangenheit Fraktionsvorsitzender der GEW und stellvertretender Vorsitzender des HPRS. Sein zentrales politisches Ziel ist es, die chronische Überlastung von Lehrkräften durch zunehmende Arbeitsbelastung und Arbeitsverdichtung zurückzudrängen. Seiner Überzeugung nach wird nur die deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen, beispielsweise durch kleinere Klassen, den Lehrkräftemangel beseitigen können.

Dorit Schößer

„Individuelle Förderung der Kinder und gestiegener Beratungs- und Kooperationsbedarf in multiprofessionellen Teams erfordern mehr Zeit für gute Arbeit.“



- ist Grundschullehrerin
- tätig an der Bonifatiusschule (Grundschule)
- lebt und arbeitet in Fulda

Dorit Schößer ist langjährige Personalrätin an ihrer Schule und setzt sich für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen ein. Sie arbeitet seit vielen Jahren im GEW-Kreisverband Fulda mit. Von 2008 bis 2021 war sie Mitglied im Gesamtpersonalrat, seit 2021 ist sie Mitglied im Hauptpersonalrat Schule. Sie ist im Vorsitzenden-Team der Landesfachgruppe Grundschulen, transportiert Anliegen der Kolleginnen und Kollegen in die Fachgruppenarbeit und organisiert die regionalen Aktionen. Obwohl Grundschullehrkräfte eine Bezahlung nach A 13 durchsetzen konnten, liegt ihr weiterhin die Aufwertung der Profession aufgrund der stetig ansteigenden Anforderungen am Herzen.

Susanne Nissen

„Digitalisierung soll den Menschen nutzen und gelingt nur unter guten Bedingungen.“

- ist Wirtschaftspädagogin
- seit 2009 Berufsschullehrerin
- tätig an den Beruflichen Schulen in Biedenkopf

Susanne Nissen war bisher im Gesamtpersonalrat und ist aktiv im KV Marburg-Biedenkopf im Bezirksverband Mittelhessen, in ihrem Schulpersonalrat sowie in der Landesfachgruppe Berufsbildende Schulen. Auf die Themenschwerpunkte Digitalisierung und Zukunftsfähige Berufsschule legt sie einen besonderen Fokus. Sie ist davon überzeugt, dass Digitalisierung Lehrkräfte nicht überflüssig macht, sondern sie unterstützen soll. Sie soll Schülerinnen und Schüler nicht abhängig machen, sondern sie mehr und besser lernen lassen. Die Gestaltung der Digitalisierung bringt zusätzliche Belastungen mit sich und erfordert Zeit. „Nur wenn wir gesund bleiben, Privatleben und Job balanciert bekommen, Wertschätzung erhalten, Zeitressourcen für Konzepterarbeitung und Fortbildungen haben, können wir unseren Job auch in der Digitalität gut machen!“

Melanie Hartert

„Reduzierung der Arbeitsbelastung! Bildung braucht bessere Bedingungen!“

- ist Gymnasiallehrerin mit langjähriger Erfahrung
- tätig an der Helene-Lange-Schule in Frankfurt Höchst (Gymnasium)
- lebt in Frankfurt

Melanie Hartert sieht es als eine wichtige Aufgabe ihrer Gewerkschaftsarbeit an, die Mitbestimmung und Rechte der Personalräte im Schulsystem durch Beratungstätigkeit und Schulungen zu stärken. Sie engagiert sich außerdem in der Landesfachgruppe Gymnasien, arbeitet im Geschäftsführungsteam des Bezirksverbands Frankfurt und ist seit 2021 Mitglied des HPRS. „Wir benötigen spürbare Verbesserungen der Arbeits- und Lernbedingungen an Schulen, um Schülerinnen und Schülern eine individuelle Förderung zu gewährleisten. Eine Reduzierung der Pflichtstunden, kleinere Klassen und ein umfassender Gesundheitsschutz für Lehrkräfte sind dafür unabdingbar.“

Andrea Michel

„Inklusion braucht einen klaren Kurs und einen verlässlichen Fahrplan.“

- ist Förderschullehrerin in der Inklusion mit langjähriger Erfahrung an einer Förderschule
- tätig an der Offenen Schule in Kassel-Waldau (Integrierte Gesamtschule)
- lebt in Kassel

Im Kreisverband Kassel-Stadt ist Andrea Michel seit über 25 Jahren aktiv tätig und engagiert sich seit vielen Jahren in der Bezirks- und Landesfachgruppe Sonderpädagogik. Andrea Michel arbeitet im Vorsitzenden-Team des Referats „Schule und Bildung“. Zusätzlich ist sie im lea-Aufsichtsrat tätig und setzt sich für die GEW Hessen im OloV-Steuerkreis für die Berufsorientierung in der SEK I ein. Langjährige Erfahrung hat sie als Personalrätin im Schulpersonalrat, im Gesamtpersonalrat und seit sechs Jahren im Hauptpersonalrat. Sie setzt sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller im sonderpädagogischen Bereich Beschäftigten und für die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in allen Schulformen ein.

Ulrike Noll

- ist seit vielen Jahren in der GEW aktiv
- Schulleiterin einer Grundschule
- tätig an der Friedrich-Ebert-Schule in Darmstadt

„Auf den Anfang kommt es an!“

Ulrike Noll ist Schatzmeisterin bei der GEW Hessen und seit mehreren Jahren Mitglied im Hauptpersonalrat. Dort befasst sie sich unter anderem mit Fragen zum Ganztag, der LUSD (Lehrer- und Schüler-Datenbank) und PPB (Planungssystem Personal und Budget). Sie ist mit Fragen der Grundschulen bestens vertraut: „Die hessischen Grundschulen haben unter den Schularten nicht nur die höchste Unterrichtsverpflichtung, sondern auch im Vergleich mit allen anderen Bundesländern die längste Arbeitszeit. Gut, dass wir mit der GEW endlich die Umstellung auf A 13 und E 13 durchgesetzt haben. Doch wegen der stufenweisen Umsetzung gibt es in Hessen gegenüber anderen Ländern teilweise aber immer noch eine schlechtere Bezahlung! Es bleibt unsere Aufgabe, für mehr Gerechtigkeit und bessere Arbeitsbedingungen einzutreten!“ Darüber hinaus sind ihr die Demokratisierung von Schule und ein kollegiales Leitungsverständnis besondere Anliegen.

Patricia Kraus

- GHR-Lehrerin mit langjähriger Erfahrung
- tätig an der Jahnschule in Hünfeld im Landkreis Fulda (Haupt- und Realschule)
- Kreisvorsitzende von Hünfeld, im HPRS seit 2021 und Mitglied im Vorsitzenden-Team der Fachgruppe Haupt- und Realschulen der GEW Hessen

„Wir brauchen dringend kleinere Klassen und zusätzliches Fachpersonal.“

Die Arbeit an einer Schule der Sekundarstufe I ist eine fachliche und pädagogische Herausforderung. Um den Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen, Herkunftssprachen und Bedürfnissen gerecht zu werden, werden dringend kleinere Klassen benötigt und zusätzliches Fachpersonal. Außerdem bedarf es mehr Zeit für Absprachen im multiprofessionellen Team. Unter den gegenwärtigen Bedingungen leidet die Qualität der Arbeit und der Bildungserfolg. Deshalb setzt sich Patricia Kraus für Arbeitsbedingungen ein, die die Chancengleichheit der Schülerinnen und Schüler verbessern und die Gesundheit der Lehrkräfte erhalten. „Weiterentwicklung von Schule kann nur mit der Einbeziehung von Lehrerinnen und Lehrern funktionieren.“ Sie steht für eine demokratische Schule.

Tina Breidenich

- Lehrkraft für Politik und Wirtschaft sowie Englisch
- arbeitet an einer integrierten Gesamtschule in Wetzlar
- tätig in der 1.Phase der Lehramtsausbildung an der Goethe Universität Frankfurt mit den Schwerpunkten Klassismus, Rassismus, (Hetero-)Sexismus und deren Überschneidungen im schulischen Kontext

„Ohne Angst verschieden sein.“

Tina Breidenich (ohne Pronomen) ist seit vielen Jahren aktives Mitglied der AG Queere Vielfalt in der GEW Hessen und ist zudem Gründungsmitglied sowie Teil des Leitungsteams der Personengruppe Frauen* Mittelhessen und des Bundesausschusses Queer. Tina fordert: „Schulen müssen endlich ein Ort werden, an dem sich alle gleichermaßen wohlfühlen können! Um die weiterhin bestehenden Ungleichheiten im Bildungssystem anzugehen, müssen wir nicht nur wertschätzend von Vielfalt reden, sondern Diskriminierungen endlich ernsthaft in den Blick nehmen.“ Tina steht für inklusive und diskriminierungskritische Schulen.

Bettina Happ-Rohé

- ist Gymnasiallehrerin und unterrichtet seit 2007 an der Klingerschule Frankfurt die Fächer Deutsch und Biologie in den Vollzeitschulformen
- ist seit 2012 Mitglied des HPRS und zuständig für die Belange der berufsbildenden Schulen in Hessen
- ist Mitglied der Landesfachgruppe berufsbildende Schulen und seit über 13 Jahren aktiv im Bezirksverband Frankfurt tätig – derzeit im Referat Umwelt- und Arbeitsschutz

„Dem Lehrkräftemangel mit besseren Arbeits- und Lernbedingungen entgegenwirken!“

Bettina Happ-Rohé verfügt über langjährige Erfahrungen in der Personalratsarbeit auf verschiedenen Ebenen und sieht in der Diskussion um Fachkräftemangel die Bildungspolitik in besonderem Maße gefordert. „Die berufsbildenden Schulen müssen den jungen Menschen professionell und zukunftsorientiert vermitteln, welche Erfordernisse in einer sich wandelnden Arbeitswelt bestehen. Der rasante digitale Wandel, die Zuwanderung sowie die Nachhaltigkeit in Lebens- und Arbeitswelt sind Herausforderungen, denen sich Lernende und Lehrende an den Schulen gleichermaßen stellen müssen.“ Zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben an den Berufsbildenden Schulen müssen entsprechende finanzielle Mittel für Ausstattung und Personal zur Verfügung stehen, damit die Kolleginnen und Kollegen auch weiterhin kompetent und engagiert den Herausforderungen gerecht werden können.

ZEIT FÜR STARKE PERSONALRÄTE!

VOM SCHULPERSONALRAT BIS ZUM HAUPTPERSONALRAT GEW WÄHLEN!

Wir stellen uns vor

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kandidieren

Annette Karsten

„Endlich haben wir eine Entgeltordnung, die zum TV-H passt. Jetzt muss sie weiterentwickelt werden!“

- ist sozialpädagogische Fachkraft und seit 1985 an der Käthe-Kollwitz-Schule Hofgeismar (Förderschule gE) tätig
- lebt in Mariendorf bei Kassel
- vertritt tarifbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen seit 2012 im Hauptpersonalrat Schule und in verschiedenen Gremien der GEW (Vorsitzenden-Team des Landesangestellten-Ausschusses, Vorsitzenden-Team des Referats Sozialpädagogik, Mitglied im GEW-Landesvorstand und Mitglied der Tarif- und Verhandlungskommission)

Annette Karsten will im Hauptpersonalrat weiterhin für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen tarifbeschäftigter Kolleginnen und Kollegen kämpfen. „Ich möchte mich für die Weiterentwicklung der Hessischen Entgeltordnung (TV EGO-L-H) einsetzen und für mehr Qualifizierungsangebote, Weiterbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen stark machen. Besonders Quereinsteigerinnen und -einsteiger fühlen sich oftmals in der Schullandschaft alleingelassen und abgehängt. Das muss ein Ende haben. Hier sehe ich unseren Arbeitgeber in der Verantwortung, dies abzustellen. Dafür möchte ich mich einsetzen.“

Frank Engelhardt

- ist Ergotherapeut und seit 2007 als Sozialpädagogische-Fachkraft an der Alexander-Schmorell-Schule in Kassel tätig
- lebt in Kassel
- vertritt seit 2021 die Interessen der Angestellten im Hauptpersonalrat Schule und engagiert sich in der GEW im Kreisverband Kassel-Stadt, ist Mitglied der Tarifkommission Hessen und im Vorsitzenden-Team der Landesfachgruppe Sozialpädagogische Fachkräfte im Schuldienst sowie im Landesangestelltenausschuss und in der Arbeitsgemeinschaft Queere Vielfalt

Frank Engelhardt setzt sich im Hauptpersonalrat Schule für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Angestellten im Schuldienst ein. „Gerade befristete Tarifbeschäftigte brauchen eine langfristige Perspektive im Schuldienst. Das Land muss berufsbegleitende Weiterbildungsangebote anbieten“.

„Angestellte Lehrkräfte brauchen auch als Quereinsteigende im Schuldienst Arbeitsplatzsicherheit und eine gleichwertig Bezahlung.“

Julia Eckes

- ist Sozial- und Erziehungswissenschaftlerin und seit 2019 UBUS-Fachkraft an der Freiherr-vom-Stein-Schule in Gladenbach
- lebt in Marburg
- vertritt dort seit 2021 die Interessen der Angestellten im Gesamtpersonalrat und engagiert sich in der GEW im Kreisverband Marburg-Biedenkopf, ist Mitglied der Tarifkommission Hessen und im Vorsitzenden-Team der Landesfachgruppe Sozialpädagogische Fachkräfte im Schuldienst

Julia Eckes möchte sich im Hauptpersonalrat für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von UBUS-Fachkräften einsetzen: Ein Großteil der UBUS-Fachkräfte kann nach wie vor nicht so effektiv arbeiten, wie sie es gerne möchten. Hierzu müssen für alle UBUS-Fachkräfte Vollzeitstellen an Schulen geschaffen werden, damit sie die Aufgaben bewältigen können. Außerdem benötigen endlich alle UBUS-Fachkräfte eigene Endgeräte für die Kommunikation in inner- und außerschulischen Netzwerken und für die Dokumentation der Arbeit. Auch müssen UBUS-Fachkräfte Räumlichkeiten für vertrauliche Gespräche und das Verfassen und Aufbewahren von personenbezogenen Unterlagen erhalten. „Hierfür werde ich mich im Hauptpersonalrat stark machen.“

„Her mit Vollzeitstellen, eigenen Endgeräten und eigenen Arbeitsplätzen!“

Unsere Themen

Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen

Mittlerweile belegen auch mehrere Studien im Auftrag der GEW klar und deutlich: Lehrkräfte arbeiten im Schnitt zu viel. Die logische Folge: Sie sind eine hochgradig belastete Berufsgruppe. Dabei sind Arbeitgeber bereits seit 2019 europarechtlich dazu verpflichtet, Beschäftigte vor Überlastung und unbezahlter Mehrarbeit zu schützen und deshalb die Arbeitszeit zu erfassen. Das Bundesarbeitsgericht hat im September sogar die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) aus dem Jahr 2019 bestätigt. Schließlich bekräftigte das Bundesarbeitsministerium 2023 gegenüber der KMK ganz klar, dass dies auch für Lehrkräfte an Schulen gilt. Die GEW-Fraktion im HPRS wird sich in der nächsten Amtsperiode dafür einsetzen, dass dies in Hessen endlich geschieht und aus den Ergebnissen dann auch Konsequenzen gezogen werden im Hinblick auf die Festlegung der Arbeitszeit für Lehrkräfte.

Dabei wird es nicht nur darum gehen, die Arbeitszeit der bereits tätigen Lehrkräfte auf ein gesundheitsverträgliches und Qualität zulassendes Maß zu reduzieren. Der Beruf der Lehrkraft muss dringend attraktiver werden, um dem in den nächsten Jahren stetig zunehmenden Lehrkräftemangel in vielen Lehrämtern durch die Gewinnung von qualifizierten Nachwuchskräften entgegenwirken zu können.

Die GEW-Fraktion im HPRS begrüßt den in den letzten Jahren vorgenommenen Ausbau der Beschäftigung von UBUS-Fachkräften und Schulgesundheitsfachkräften in Hessen, die zumindest einen kleinen Beitrag auch zur Entlastung von Lehrkräften geleistet haben. Individuelle Rückmeldungen aus den Schulen sowie die immer noch regelmäßig eingehenden Überlastungsanzeigen ganzer Kollegien im HKM zeigen aber deutlich, dass dies zur spürbaren Entlastung von Lehrkräften nicht ausreicht: ihre Arbeitszeit muss direkt reduziert werden, und das möglichst schnell!

Zum Wohle der Schülerinnen und Schüler sowie zum Erhalt der Arbeitskraft und Gesundheit von Lehrkräften wird das Thema Arbeitszeit daher auch in der nächsten Amtsperiode auf allen Ebenen der GEW-Personalratsarbeit einer der wichtigsten Arbeitsschwerpunkte bleiben.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Arbeitsschutz ist und bleibt eine kontinuierlich zu überprüfende und zu verbessernde gesetzliche Pflichtaufgabe jedes Arbeitgebers. Angesichts der rund 2000 Dienststellen und über 50.000 Beschäftigten im hessischen Schulwesen, geht es im Schuldienst damit leider viel langsamer voran als in anderen Bereichen der Landesverwaltung. Oder, Angebote werden Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften, aufgrund der großen Zahl von Beschäftigten und Dienststellen, auch schlichtweg vorenthalten, wie ein behördliches Gesundheitsmanagement, dass mehr ist, als das Abrufangebot individueller Präventionsmaßnahmen zur Stärkung der eigenen Resilienz.

Zumindest wird, nach einer pandemiebedingten Pause im Jahr 2021, die gesetzliche Verpflichtung zur regelmäßigen Durchführung psychischer Gefährdungsbeurteilungen an hessischen Schulen wieder im gewohnt unzureichenden Umfang an maximal 100 Schulen jährlich umgesetzt. Die GEW-Fraktion im HPRS fordert nach wie vor, neben einer Beschleunigung der Erhebungsintervalle, die Bereitstellung von Finanzmitteln für Maßnahmen zur Behebung festgestellter Gefährdungen, die selbstverständlich über solche der individuellen Verhaltensprävention hinausgehen und deren Wirkung selbstverständlich auch zeitnah evaluiert werden muss, wie es das Arbeitsschutzgesetz vorsieht. Immerhin hat das HKM mittlerweile zumindest die Evaluation der Folgemaßnahmen in den Blick genommen, während der HPRS andererseits seit über einem Jahr auf eine angeforderte anonymisierte Gesamtauswertung der psychischen Gefährdungsbeurteilungen wartet, die längst fertiggestellt ist, aber im Landtagswahlkampf schlicht zurückgehalten wurde.

Aktuell setzt sich die GEW-Fraktion im HPRS dafür ein, dass bei Post-Covid-Erkrankungen von pädagogischem Personal an Schulen von den starren Regelungen bei der Pflichtstunden- bzw. Arbeitszeitreduzierung zur Wiedereingliederung nach einer längeren Erkrankung abgewichen wird, wie es auch eine entsprechende Empfehlung der Betriebsärztin im Landesarbeitsschutzausschuss vorsieht. Mit schnellen Ergebnissen ist hier leider auch nicht zu rechnen, das Thema werden wir aber ebenso über die aktuelle Amtsperiode hinaus weiterverfolgen.

Die GEW-Fraktion im HPRS wird sich auch in Zukunft weiter konsequent dafür einsetzen, den Arbeits- und Gesundheitsschutz für Beschäftigte an Schulen spürbar zu verbessern und die dafür notwendigen finanziellen Mittel zu erhalten. Dazu dient auch weiterhin die regelmäßige Mitarbeit von GEW-Mitgliedern des HPRS im Landesarbeitsschutzausschuss.

Ausbildung und Vorbereitungsdienst

Die GEW-Fraktion im HPRS sieht es als wichtig an, dass der Staat seinem Ausbildungsmonopol nachkommt und genügend Studienplätze und Referendariatsplätze bereithält, um ausreichend ausgebildete Lehrkräfte in allen Lehrämtern anstellen zu können. In den Lehrämtern Grundschule, Förderschule, Berufliche Schulen und zunehmend auch im Haupt- und Realschulbereich herrscht ein Lehrkräftemangel, der nicht mit Werbevideos aus dem Kultusministerium aus der Welt zu schaffen ist. Hier fordert die GEW bessere berufliche Bedingungen, damit mehr junge Menschen ein Lehramtsstudium beginnen.

Auch in der 1. und 2. Phase der Lehrkräftebildung sind durch die Novellierung des Hessischen Lehrkräftebildungsgesetzes in den letzten Jahren Entscheidungen getroffen worden, die die Qualität in der Ausbildung nicht verbessern. So hat Hessen das kürzeste Grundschulstudium bundesweit, in dem man aber drei Fächer studieren muss. Die weiterhin bestehende Modularisierung im Vorbereitungsdienst mit selektivem Charakter erweist sich als unzureichend für die anspruchsvolle und wichtige Aufgabe, Lernprozesse in heterogenen Gruppen zu ermöglichen.

Für die GEW ist es wichtig, dass die Praxisphasen während des Studiums qualitativ kompetent begleitet werden – bei entsprechender Entlastung für die betreuenden Personen. Auch sollten die Studierenden nicht zur billigen Bedarfsabdeckung genutzt werden. Immer noch erscheinen Gegenwarts- und Zukunftsthemen wie die Arbeit in multiprofessionellen Teams in der Inklusion, Diversität oder Digitalisierung als didaktische Aufgabe zu wenig in die erste und zweite Phase der Lehrkräftebildung eingebunden zu sein.

Für den Vorbereitungsdienst lehnt die GEW-Fraktion die Modulprüfung als selektives Element der Ausbildung ab. Die Entlastung der Mentorinnen und Mentoren erachtet sie mit einer halben Unterrichtsstunde als zu gering und fordert mindestens eine Stunde pro fachlicher Begleitung.

Auch müssen Personen, die sich für die Arbeit an Studienseminaren entscheiden, entsprechend eingearbeitet werden und deren Arbeitsbedingungen müssen aufgrund der Doppelbelastung verbessert werden.

Grundschulen

Bildung und Erziehung in der Grundschule sind komplexe Prozesse, die hohe Anforderungen an die Lehrkräfte stellen. Dies haben hessische Grundschullehrkräfte in den letzten Jahren deutlich gemacht und die bundesweite A 13-Kampagne ins Leben gerufen. Der Einstieg in die höhere Bezahlung ist geschafft! Wichtig wäre nun, das Erreichen der Besoldungsstufe zeitgleich mit Nordrhein-Westfalen, um eine Abwanderung hessischer Grundschullehrkräfte zu verhindern.

Der Lehrkräftemangel in den Grundschulen ist enorm und führt dazu, dass diese vielerorts ihren Bildungsauftrag nur unzureichend erfüllen können. Der Arbeitsdruck auf die Lehrkräfte nimmt immer weiter zu. Betreuungsaufgaben in unzureichend ausgestatteten Ganztagsangeboten belasten das System zusätzlich. Der Rechtsanspruch der Grundschulkinder auf Ganztagsbetreuung ab 2026 verstärkt die desolate Situation. Dies belastet die Gesundheit und die Arbeitszufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen ebenso wie die Unterrichtsqualität und die Kapazität für Schulentwicklung. Der Beruf läuft Gefahr, für junge Menschen unattraktiv zu werden.

Pädagogische Arbeit benötigt Zeit. Zeit für Kinder, Zeit für Kooperation, Zeit für Reflexion und Entwicklungsprozesse.

Die GEW-Fraktion im Hauptpersonalrat Schule fordert deshalb Arbeitsbedingungen, bei denen die professionelle Arbeit der Grundschullehrkräfte volle Wirkung entfalten kann. Wir treten ein für eine deutliche Senkung der Pflichtstunden, für die volle Bezahlung nach A 13 spätestens 2026, für eine inklusive Bildung ohne verpflichtende Vergleichsarbeiten, für echte gebundene Ganztagsschulen …

Kurz: für gute Arbeits- und Lernbedingungen!

Berufliche Bildung

Die strukturelle Unterfinanzierung des Berufsbildungssystems ist eines der Dauerthemen, wenn es um die Qualität der beruflichen Bildung geht. Um den sozialen Disparitäten entgegenzuwirken sind Reformen dringend erforderlich. Dazu gehören neben einer besseren personellen, räumlichen und sachlichen Ausstattung die Gestaltung des Übergangssystems sowie die Stärkung des dualen Systems. Den vielfältigen Aufgaben der Berufsbildenden Schulen werden in der Politik und Öffentlichkeit nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt, die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung muss vorangebracht werden.

Die Vielfalt und Flexibilität, mit der die Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen den komplexen Erfordernissen im schulischen Alltag begegnen, muss stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden. Die Arbeitsbedingungen müssen spürbar verbessert werden – Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen befinden sich, je nach Ausbildungsangebot und Schulform, in einer mehr oder weniger dauerhaften Prüfungssituation. Um diese Dauerbelastungen schnellstmöglich abzumildern, fordern wir neben der Reduzierung der Klassenhöchstgrenzen gleichfalls zentrale Regelungen für die Entlastung in Prüfungsphasen (Prüfungserstellung und -durchführung, Korrekturen).

Die neue Landesregierung wird sich unter anderem daran messen lassen, ob die im Koalitionsvertrag angekündigte Ausweitung und Optimierung des Schulversuchs BÜA (Berufsschule zum Übergang in Ausbildung) mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet wird, ob bestehende Ausbildungsförderprogramme die Abbrecherquote in den Ausbildungsberufen deutlich absenkt, das Startchancenprogramm Wirkung zeigt und wohnortnahe Ausbildungsstandorte erhalten bleiben.

Die GEW fordert auch weiterhin die Stärkung von multiprofessionellen Teams an berufsbildenden Schulen, eine bedarfsgerechte Zuweisung für sozialpädagogische Unterstützung und eine Erhöhung der Schuldeputate für zusätzliche Aufgaben.

Wir sind im Hauptpersonalrat gut aufgestellt für diese Auseinandersetzungen!

Gymnasien

Die Schülerschaft an hessischen Gymnasien ist auch in den vergangenen Jahren deutlich heterogener geworden. Um den unterschiedlichen Interessen und Lernvoraussetzungen gerecht werden zu können, müssen die Klassen- und Kursgrößen zwingend verringert werden. Noch immer sind die vor Jahren erfolgten Kürzungen der Ressourcen für die E-Phase nicht zurückgenommen worden.

Seit der Verschiebung der Abiturtermine stellt die Korrektur der schriftlichen Arbeiten eine besondere Belastung dar. Leider sieht es das Ministerium noch immer nicht als notwendig an, zentrale Regelungen für die Gewährung von Korrekturtagen vorzugeben, sodass sich die Belastungssituation an den einzelnen Schulen sehr unterschiedlich darstellen kann. Ab dem Abitur 2027 sollen nach Planungen des Ministeriums auch Teile der Q4 Gegenstand der schriftlichen Abiturprüfungen werden, was zu Arbeitsverdichtungen führen kann.

Nach wie vor setzt sich die GEW für die Abschaffung sogenannter Vergleichsarbeiten ein, da sie lediglich den Arbeitsaufwand erhöhen und für den schulischen Erfolg von Schülerinnen und Schülern vollkommen wirkungslos sind.

Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung finden sich zwei Vorhaben, die die gymnasiale Oberstufe unmittelbar betreffen und die erprobt bzw. geprüft werden sollen. Dies ist zum einen eine Anonymisierung der Abiturkorrekturen und zum anderen die „Modularisierung der Oberstufe“. Die GEW wird auch diese „Modellversuche“ kritisch begleiten und auf eine Verhinderung oder Kompensation von möglichen Arbeitsbelastungen hinzuwirken.

Gesamtschulen/Sekundarstufe-I-Schulen

Im Koalitionsvertrag wird deutlich, dass die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen an Gesamtschulen von der Landesregierung nicht die notwendige Wertschätzung erfährt. Die Lehrkräfte an Gesamtschulen, an den Haupt und- Realschulen sowie an den Mittelstufenschulen sind aber diejenigen, die sich in ihrer täglichen Arbeit besonders den gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen stellen müssen.

Die vielen Überlastungsanzeigen der vergangenen Jahre zeigen, dass die Kollegien dieser Schulformen über die Grenzen der Belastbarkeit hinaus beansprucht werden.

Die GEW-Fraktion im HPRLL fordert, dass dringend mehr personelle und materielle Ressourcen bereitgestellt werden, um den Kindern mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen, Herkunftssprachen und Bedürfnissen gerecht zu werden. Die Klassengröße muss in der Sekundarstufe I in allen Schulformen deutlich gesenkt werden, damit jedes Kind den bestmöglichen Abschluss erreichen kann. Um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit wirklich zu gewährleisten, benötigt es mehr Zeit für Beziehungs- und Erziehungsarbeit und für die notwendige individuelle Förderung.

Zum Abbau der Überlastung der Lehrkräfte muss die Pflichtstundenzahl gesenkt und der Arbeits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz Schule ernst genommen werden.

Sonderpädagogische Förderung

Jedes Kind braucht in der Schule einen geschützten Raum, kleine Klassen und bestens ausgebildete Lehrkräfte … Diese „optimalen Lernbedingungen“ scheinen für die neue schwarz-rote Landesregierung offenbar nur in der Förderschule möglich zu sein.

Die unzureichende Ausstattung inklusiver Beschulung und ein enormer Fachkräftemangel an Grundschulen – und zunehmend auch in der Sekundarstufe I – stellen aber die tatsächliche Behinderung der gemeinsamen Beschulung dar. Diese liegen nicht in der Eigenart von Kindern, sondern im fehlenden politischen Willen, die allgemeine Schule personell und sachlich so auszustatten, dass sie in der Lage ist, alle Kinder unabhängig von Art und Schweregrad eines individuellen Förderbedürfnisses inklusiv zu beschulen. Es müssen „angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des einzelnen“ getroffen und für alle „die notwendige Unterstützung“ geleistet werden, wie es die UN-BRK vorschreibt.

Viele Kinder mit unterschiedlichen Bedürfnissen in den Klassen, viel zu wenige ausgebildete Förderschullehrkräfte, mangelnde Zeit für Kooperation und Team-Teaching und viel zu viel Dokumentation, Verwaltungsarbeit und Bürokratie – das ist nur ein Teil der Probleme, mit denen sich Lehrkräfte in der Umsetzung der sonderpädagogischen Förderung in allen Schulformen täglich konfrontiert sehen.

Die breiten Aufgabenspektren der Förderschullehrkräfte im Rahmen der BFZ-Tätigkeit und/oder an den Förderschulen, stellen eine große Herausforderung dar und sind ständigen Änderungen der Einsatzorte sowie gesetzlicher Rahmenbedingungen unterworfen. Das sorgt im Besonderen bei Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern für große Verunsicherung!

Die GEW-Fraktion im HPRS fordert daher im Stundenplan fest verankerte Koordinationsstunden für alle, die in multiprofessionellen Teams arbeiten. Die zeitraubende Formularflut an den Förderschulen und in der inklusiven Beschulung muss umgehend deutlich reduziert werden.

In Anbetracht des gravierenden Mangels an Förderschullehrkräften stellt die GEW-Fraktion im HPRS die Zweckdienlichkeit der Inklusiven Schulbündnisse infrage und kritisiert nach wie vor das hohe Stellenvolumen, das für ihre Installation über Jahre verbraucht wird.

Sozialpädagogik

Sozialpädagogische Fachkräfte sind in einer modernen Schullandschaft nicht mehr wegzudenken. Im Hessischen Schuldienst des Landes Hessen sind dies Tarifbeschäftigte nach dem Tarifvertrag Hessen (TV-H). Sie arbeiten in Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige oder körperlich/motorische Entwicklung, in inklusiven Klassen, in der „unterrichtsunterstützenden sozialpädagogischen Förderung“ (USF) oder in der „unterrichtsbegleitenden sozialpädagogischen Unterstützung“ (UBUS) an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Auch sie stehen im Bildungs- und Erziehungsauftrag, in unterrichtsbegleitender, unterstützender und eigen initiierter Tätigkeit. Sie arbeiten im multiprofessionellen Team mit Lehrkräften zusammen.

Unterrichtende Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sind sowohl in Vorklassen und Eingangsstufen der Grundschulen als auch in der Grundstufe der Förderschulen eingesetzt. Durch eine „Panne“ bei der Novellierung der Hessischen Laufbahnverordnung (HLVO) 2014 bestand viele Jahre lang die Möglichkeit der Verbeamtung für diese Gruppe der Beschäftigten nicht mehr.

Steter Tropfen höhlt den Stein! Dank der Beharrlichkeit der GEW Hessen und der GEW-Fraktion im HPRS wurde im Dezember 2021 die Verbeamtungsmöglichkeit für unterrichtende Sozialpädagoginnen und-pädagogen wiederhergestellt.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern, sich von uns beraten zu lassen, um Anträge auf Übernahme ins Beamtenverhältnis zu stellen.

Die Verbeamtungsmöglichkeit gilt nicht für UBUS- oder USF-Kräfte! Sie erteilen gemäß ihres Arbeitsvertrages und ihres Arbeitsauftrags keinen Unterricht.

Der HPRS vertritt alle Angestellten im Schuldienst des Landes Hessen. Nur die GEW eröffnet Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, wie auch den Sozialpädagogischen Fachkräften eine besonders kompetente Vertretung im HPRS dadurch, dass auf den GEW-Listen auch 2024 nicht nur Lehrkräfte, sondern ebenso Kolleginnen und Kollegen der Sozialpädagogischen Berufe kandidieren.

Verbeamtungsmöglichkeit für unterrichtende Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen

Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen können durch eine zum Ende des Jahres 2021 erfolgte Änderung der Hessischen Laufbahnverordnung nun wieder verbeamtet werden.

Im Schuldienst gibt es die Möglichkeit der Verbeamtung nur, wenn sie in der Tätigkeit von Lehrkräften sind – also Unterricht erteilen. Dieses Tätigkeitsmerkmal gilt für Sozialpädagoginnen und –pädagogen bei Leitungsfunktion einer Vorklasse an der Grundschule, als Sozialpädagogin und -pädagoge in der Tätigkeit einer Lehrkraft in Förderschulen oder als Sozialpädagogin und -pädagoge in der Tätigkeit einer Lehrkraft in der Förderstufe. Diese Regelung bestand vor der Novellierung des Beamtengesetzes 2014. Aufgrund eines „Versehens“ bei der Änderung der Hessischen Laufbahnverordnung im Jahr 2014 war dies nun rund neun Jahre nicht möglich. Nach der Initiative des Hauptpersonalrats Schule wollte das Innenministerium diese Möglichkeit wieder schaffen.

Vor 2014 erfolgte die Übernahme ins Beamtenverhältnis nach Befähigungsfeststellung in der Regel in die Besoldungsgruppe E 11/A 11. Auf der Basis eines Antrags auf Verbeamtung und eines Unterrichtbesuches durch die Schulleitung, wird dann der Bewährungsbericht von der Schulleitung angefertigt. Aus dem Bewährungsbericht muss sich ergeben, dass die Sozialpädagogin oder der Sozialpädagoge die Anforderungen mindestens voll erfüllt (Befähigungsfeststellung).

Drei Jahre nach der Verbeamtung auf Lebenszeit sollte eine Beförderung nach A 12 erfolgen. Die Zusage des Innenministeriums war eine Wiederherstellung des Zustandes vor 2014. Momentan ist die Beförderung nach A 12 noch nicht garantiert, da das Besoldungsgesetz Fachlehrerin/Fachlehrer für sozialpädagogische Richtung mit einer A 11 notiert.

Die GEW mit ihren Angestelltenvertreterinnen und -vertretern bleiben auch hier am Ball und werden sich für diese Gruppe der Angestellten im Hessischen Schuldienst stark machen.

Teilzeitbeschäftigung

Es gibt Lebensphasen, in denen eine Vollzeitbeschäftigung einfach nicht passt, sei es wegen kleiner Kinder, zu pflegender Angehöriger oder anderer privater Gründe. In solchen Situationen wird die Option der Teilzeit zu einem vermeintlich attraktiven Modell, denn sie scheint den Wunsch nach einer besseren Balance zwischen Privatem und Beruf zu erfüllen.

Doch viele Betroffene verspüren trotz Stundenreduzierung kaum Entlastung. Ungünstige Stundenpläne mit vielen Springstunden, Teamsitzungen, Präsenzveranstaltungen oder sogenannte nicht teilbare Dienstpflichten wie Verwaltungsarbeit oder die Teilnahme an Konferenzen steigern die Belastung. Stark lastet auch der Druck auf Kolleginnen und Kollegen in Funktionsstellen, deren gutes Recht auf Teilzeit in Schule häufig auf wenig Akzeptanz trifft.

In der Praxis wird deutlich, dass Teilzeit in der Schule nur die Pflichtstundenzahl reduziert, aber nicht eine Reihe von weiteren Aufgaben im Schulalltag. Und nicht zu vergessen: durch Teilzeit sinken das monatliche Einkommen und die späteren Versorgungsansprüche. Und Achtung: In Zeiten von Lehrkräftemangel werden Stundenreduzierungen oft nur noch bei familiären Gründen bewilligt!

Teilzeitbeschäftigung muss bei allen Lehrämtern und bei allen Fächerkombinationen möglich sein. Die GEW und unsere Mitglieder im Personalrat setzen sich für flexible und lebensphasenorientierte Arbeitsmodelle sowie eine familienfreundliche und gerechte Personalpolitik ein. Nur so kann Benachteiligung abgebaut und Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die für alle leistbar, erstrebenswert und attraktiv sind!

Digitalisierung

Kaum ein Bereich umfasst so viele Facetten wie die Digitalisierung. Nach der Umsetzung des ersten Digitalpaktes der Bundesregierung in den vergangenen Jahren ist leider noch immer nicht geklärt, in welcher Form der Digitalpakt 2.0 durch den Bund realisiert werden wird. Inwiefern Hessen dann die Zusage tatsächlich einhalten wird, 2025 für neue digitale Endgeräte zu sorgen, wird sich zeigen. Auch heute noch erreichen den HPRS Rückmeldungen, dass es zu Engpässen bei der Versorgung mit Endgeräten kommt.

Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt der GEW-Fraktion besteht aus datenschutzrechtlichen Aspekten. Wiederholt tauschte sich der HPRS mit dem Hessischen Datenschutzbeauftragten aus, Themen waren hierbei beispielsweise die Nutzung von Microsoft-Produkten, u.a. auch von Microsoft Azure für die „Schul-ID“, oder die Zulässigkeit der Übertragung von Live-Streams aus dem Unterricht in die heimischen Kinder-, Jugend- oder Wohnzimmer. Das dazu geführte Beschlussverfahren, das bereits einen Umweg über den Europäischen Gerichtshof erfahren hat, ist noch immer nicht abgeschlossen.

Es fehlt weiterhin noch immer ein ausgereiftes Konzept, das die Arbeitsfähigkeit schulischer Datenschutzbeauftragter sicherstellen kann. Hierfür mangelt es, wie auch beim IT-Support, an eigens dafür bereitgestellten Ressourcen vor Ort. Bei der Einführung digitaler Verfahrensprozesse musste der HPRS erst kürzlich feststellen, dass Beteiligungsrechte der Personalräte nicht in ausreichendem Maße beachtet werden, so bei der Umstellung auf digitale Versetzungsanträge. Auch dies gilt es immer im Auge zu behalten und auf entsprechende Korrekturen hinzuwirken.

Eine zentrale Forderung der GEW war und ist es, eine Mediengrundausstattung an allen Schulen sowie einen externen technischen Support bereit- und deren Finanzierung langfristig sicherzustellen. Dem stehen allerdings die unterschiedlichen finanziellen Spielräume der Kommunen sowie auch der Fachkräftemangel im IT-Bereich noch immer im Wege.

Mit der einfachen Verfügbarkeit von Programmen, die mit „künstlicher Intelligenz“ gestützt werden, könnte sich zukünftig ein weites Feld auftun, das nicht nur Chancen, sondern auch Probleme, insbesondere bei der Bewertung, mit sich bringt. Grundposition der GEW-Fraktion im HPRS ist weiterhin das Primat der Pädagogik und der pädagogischen Freiheit: Die Festlegung über die tatsächliche Nutzung digitaler Medien muss den Lehrkräften vorbehalten bleiben.

Demokratie in der Schule

Neben der Verfassung formuliert auch das Hessische Schulgesetz sehr umfassend, dass Schule Schülerinnen und Schüler zu demokratisch aktiven Menschen heranbilden und erziehen soll („Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule"). Angesichts der gesellschaftspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre, ist die Arbeit an diesem Auftrag dringlicher denn je!

Erfreulicherweise ist das Ministerium im vergangenen Jahr einer alten Forderung der GEW nach Ausweitung des Unterrichts in Politik und Wirtschaft nachgekommen: Nach der zusätzlichen Belegverpflichtung in Q3 und Q4 der gymnasialen Oberstufe wurden die Stunden für PoWi auch in den anderen Schulformen der Sek. I erhöht.

Demokratiebildung setzt jedoch auch voraus, dass die vermittelnde Institution selbst demokratisch verfasst ist. In Schule gibt es über das Schulgesetz, Verordnungen und Erlasse umfangreiche demokratische Beteiligungsrechte. Personalratsarbeit besteht zu einem wesentlichen Teil darin, die Einhaltung von Regelungen zugunsten der Beschäftigten zu überwachen. Die GEW-Fraktion im HPRS wird sich auch weiterhin entschieden dafür einsetzen, dass die Entscheidungsrechte der Kolleginnen und Kollegen gewahrt und ausgebaut werden. Zu diesem Einsatz gehört zwingend, die Arbeitsbedingungen grundsätzlich zu verbessern, um eine demokratische Beteiligung aller zu ermöglichen. Darüber hinaus setzt sich die GEW aktuell dafür ein, Verbesserungen der seit 25 Jahren bestehenden, aber völlig unzureichenden Freistellungsregelungen für Personalräte zu bewirken.

Quereinstieg

Die Möglichkeiten des Quereinstiegs sind vielfältig und die GEW hat sie – mit einer angemessenen berufsbegleitenden Qualifizierung – stets gefordert. Dem gegenüber steht die nicht wünschenswerte Alternative, dass Menschen einfach ohne pädagogische (und teilweise fachliche) Qualifikation in Klassen eingesetzt werden.

Es gibt einen Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst in Mangelfächern und Mangelfachrichtungen in den Lehrämtern Haupt- und Realschule, Gymnasien und Berufliche Schulen mit einem Schulabschluss, der einem ersten Staatsexamen gleichgestellt werden kann. Daneben gibt es die Möglichkeit des Quereinstieges in den Schuldienst im Lehramt Grundschule, Berufliche Schule und im Lehramt Haupt- und Realschule.

Die GEW-Fraktion hat sich bei allen Quereinstiegsmaßnahmen dafür eingesetzt, dass die Qualität der berufsbegleitenden Ausbildung hoch bleibt und den Teilnehmenden eine ausreichende zeitliche Entlastung gewährt wird. Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger mit einem fachlich geeigneten Hochschulstudium sollen bei Bedarf direkt mit dem Vorbereitungsdienst beginnen können. Der Vorbereitungsdienst ist so zu organisieren, dass das Nachholen fehlender Ausbildungsinhalte aus dem Studium zu schaffen ist. Nach erfolgreichem Ausbildungsende werden die Abschlüsse dieser Lehrkräfte allen anderen gleichgestellt. Bei Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern in den Schuldienst ist ein angemessenes kollegiales Mentoring zu gewährleisten, das den Mentorinnen und Mentoren selbstverständlich auch anzurechnen ist.

Deutlich wird bei all diesen Maßnahmen, dass die Zahl der Studienanfänger in allen Lehrämtern, außer im gymnasialen Bereich, zu niedrig ist, um die Bedarfe im Unterricht zu decken.

Gesamtschulen/Schulen der Sekundarstufe I

Lehrkräfte an Gesamtschulen, an den Haupt- und Realschulen, sowie an den Mittelstufenschulen müssen sich in ihrer täglichen Arbeit den rasanten gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen stellen. Der Lehrkräftemangel wird sich in den nächsten Jahren in diesen Schulformen verschärfen. Diesem kann nur entgegengewirkt werden, indem sich jetzt die Arbeitsbedingungen deutlich verbessern. Daher ist es dringend notwendig, dass die Landesregierung die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen an den Gesamtschulen und den Schulen der Sekundarstufe I die notwendige Wertschätzung entgegenbringt.

Aus diesem Grund fordert die GEW-Fraktion im HPRS, dass dringend mehr personelle und materielle Ressourcen bereit gestellt werden, um den Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen, Herkunftssprachen und Bedürfnissen gerecht zu werden. Die Klassengröße muss in der Sekundarstufe I in allen Schulformen deutlich gesenkt werden, damit jedes Kind den bestmöglichen Abschluss erreichen kann. Um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit wirklich zu gewährleisten, benötigt es mehr Zeit und zusätzliches Fachpersonal für Bildungs- und Erziehungsarbeit und für die notwendige individuelle Förderung in multiprofessionellen Teams.

Innerhalb der Schule muss der Arbeits- und Gesundheitsschutz endlich ernst genommen und zum Abbau der Überlastung der Lehrkräfte die Pflichtstundenzahl gesenkt werden.

Es kandidieren

Für die Beamtinnen

Anna Held
Christina Nickel
Dorit Schößer
Susanne Nissen
Melanie Hartert
Andrea Michel
Ulrike Noll
Patricia Kraus
Bettina Happ-Rohé
Tina Breidenich
Judith Werner
Angela Schönfelder
Anja Eschmann
Barbara Konrad
Kirsten Schultheis-Schauer
Felicitas Hemel

Für die Beamten

Peter Zeichner
Stefan Edelmann
René Prokop
Alexander Pohlit
David Redelberger
Thomas Gleißner
Christian Auel
Robin Stock

Für die Arbeitnehmerinnen

Annette Karsten
Julia Eckers
Claudia Kuse
Cathleen Kress-Herget
Natalie Marek
Daniela Schmietendorf

Für die Arbeitnehmer

Frank Engelhardt
David Beier
Luis Aguiar de Franca
Stefan Kockelmann
Thorsten Setzer

Weitere Infos unter:
www.gew-hessen-personalratswahlen.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen | Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
info@gew-hessen.de | www.gew-hessen.de